

St. Wendel, 19. Mai 2026

Pressemitteilung der Bürgerinitiative „Missionshaus – Zukunft mit Weitblick“

Sinnvolle Nutzung statt überdimensionierter Neubebauung am Missionshaus

Die Bürgerinitiative „Missionshaus – Zukunft mit Weitblick“ (BI) begrüßt ausdrücklich die Überlegungen zu einer sinnvollen und nachhaltigen Nutzung der bestehenden Gebäude des Missionshauses. Der Erhalt und die Nutzung vorhandener Strukturen entsprechen aus Sicht der BI einer verantwortungsvollen Stadtentwicklung deutlich mehr als die zusätzliche Erschließung großflächiger Neubaugebiete auf den umliegenden Naturflächen.

„Wir stellen nicht den Erhalt des Missionshauses infrage, sondern die geplante überdimensionierte Neubebauung und die bislang fehlende belastbare Datengrundlage“, erklärt BI-Sprecher Anton Stier.

Die Bürgerinitiative kritisiert, dass in der aktuellen Berichterstattung zur „Agenda 2030“ der CDU St. Wendel zwar von „nachhaltiger Nutzung“ und „Zukunftsprojekten“ gesprochen werde, gleichzeitig jedoch nicht thematisiert werde, dass die Investoren der SG Strukturholding auf den umliegenden Naturflächen umfangreiche Neubauten errichten möchten – ohne bislang öffentlich vorgelegte belastbare Wohnraumbedarfsanalyse.

Nach Auffassung der BI hätte eine großflächige Neubebauung erhebliche Folgen für Natur, Infrastruktur und städtische Finanzen. Neben dem Verlust wichtiger Natur- und Freiflächen sowie der Beeinträchtigung von Frischluftschneisen entstünden langfristige Folgekosten durch zusätzliche Erschließungsmaßnahmen, Kanäle, Regenrückhaltebecken und technische Infrastruktur.

Besonders kritisch bewertet die Bürgerinitiative die demografische Entwicklung der Kreisstadt. Nach Angaben der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder für Bau-, Stadt- und Raumforschung wird für St. Wendel bis 2045 ein Bevölkerungsrückgang von 13,7 Prozent prognostiziert. Bei aktuell rund 9.300 Einwohnern in der Kernstadt müssten damit langfristig über tausend zusätzliche Einwohner gewonnen werden, um allein den heutigen Stand zu halten.

Gleichzeitig verweist die BI darauf, dass bereits heute zahlreiche Wohnbauflächen und Baulücken vorhanden seien. Hinzu kämen die Neubaugebiete Abendstall, Lanzenberg und Sportplatz Alsfassen. Darüber hinaus werde in den kommenden Jahren zusätzlicher Wohnraum durch altersbedingte Veränderungen, zusätzliche Leerstände sowie veränderte Wanderungsbewegungen auf den Markt kommen. Aus Sicht der BI bleibt zudem offen, welchen konkreten Beitrag die geplanten Neubauten am Missionshaus zur Schaffung tatsächlich benötigten und bezahlbaren Wohnraums leisten würden.

„Nach unserer Auffassung müssen belastbare Untersuchungen zu Wohnraumbedarf, Standortfaktoren und Entwicklungsperspektiven vorgelegt werden, bevor weitreichende Ausbau- und Vermarktungspläne verfolgt werden“, so Anton Stier. Nach Auffassung der BI wurde bislang keine belastbare Wohnraumbedarfsanalyse öffentlich vorgestellt. Ein entsprechender Antrag wurde in der öffentlichen Stadtratssitzung am 26.05.2025 von der CDU-Fraktion abgelehnt.

Die Bürgerinitiative verweist in diesem Zusammenhang auf das Beispiel Tübingen. Dort werden neue Wohnprojekte gezielt innerhalb bestehender Strukturen entwickelt, um vorhandene Infrastruktur effizient zu nutzen und zusätzliche Belastungen für Natur und öffentliche Haushalte zu begrenzen.

Wer junge Familien und neue Einwohner für St. Wendel gewinnen wolle, müsse aus Sicht der BI vor allem die tatsächlichen Standortfaktoren stärken: moderne Bildungsangebote, leistungsfähige Infrastruktur, transparente Verwaltung und eine zukunftsfähige Stadtentwicklung.

„Gerade deshalb ist aus Sicht der BI schwer nachvollziehbar, dass bei zentralen Infrastrukturprojekten wie der Nikolaus-Obertreis-Schule seit Jahren keine tragfähige Lösung umgesetzt wurde. Genau solche Themen sind für Familien und potenzielle Neubürger entscheidend“, erklärt Anton Stier.

Auch eine moderne und transparente Verwaltung sei heute ein wichtiger Standortfaktor. Wenn Sitzungsprotokolle nur nach Terminvereinbarung im Rathaus eingesehen und vom Papier abfotografiert werden könnten und das Bürgerinfoportal kaum über Tagesordnungen hinausgehende Informationen enthalte, entspreche dies aus Sicht der BI nicht den Anforderungen an zeitgemäße Verwaltungsführung.

Zukunftsfähige Stadtentwicklung bedeute zudem nicht vorrangig neue Baugebiete auf der grünen Wiese, sondern die Stärkung bestehender Ortslagen, Innenentwicklung und die Nutzung von Brachflächen – ein Grundsatz, der auch im Landesentwicklungsplan hervorgehoben werde.

„Zukunftspolitik darf nicht aus Schlagworten und Wunschdenken bestehen. St. Wendel braucht ehrliche Analysen, nachhaltige Konzepte und nachvollziehbare Entscheidungen mit echtem Weitblick“, so Anton Stier.

Über die Bürgerinitiative „Missionshaus – Zukunft mit Weitblick“

Die Bürgerinitiative „Missionshaus – Zukunft mit Weitblick“ setzt sich für den Erhalt des Kulturdenkmals Missionshaus sowie der umliegenden Natur- und Naherholungsflächen in St. Wendel ein. Sie unterstützt eine sinnvolle und nachhaltige Nutzung der bestehenden Gebäude, lehnt jedoch eine überdimensionierte Neubebauung ohne nachgewiesenen Bedarf ab.

Die Initiative wird von hunderten Bürgerinnen und Bürgern aus St. Wendel und darüber hinaus unterstützt. Dazu zählen Unterstützer, Unterzeichner einer Petition sowie zahlreiche Interessierte, die sich online und bei Veranstaltungen einbringen. Die BI engagiert sich für eine transparente, faktenbasierte und zukunftsfähige Stadtentwicklung mit besonderem Augenmerk auf Bodenschutz, Innenentwicklung, Klimaresilienz und den Erhalt gewachsener Landschafts- und Erholungsräume. Sie ist parteipolitisch unabhängig und Mitglied im Bundesbündnis Bodenschutz.

Weitere Informationen:

www.bi-missionshaus.de

Pressekontakt:

Anton Stier

+49 170 5516411

dialog@bi-missionshaus.de

Hintergrundinformationen:

- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR): Bevölkerungsprognose St. Wendel
- Saarbrücker Zeitung: Bericht „Agenda 2030“ der CDU St. Wendel
- Öffentliche Stadtratssitzung der Kreisstadt St. Wendel vom 26.05.2025
- Stadt Tübingen: Unterlagen zur Innenentwicklung und Flächenpolitik